

18.12.2013 00:00 Uhr, Naila

## BÜRGER FORDERN BAUSTOPP FÜR WINDRÄDER

Die Initiative Gegenwind will die in Bau stehenden Windkraftanlagen zu Fall bringen. Die BI verweist auf zu geringe Abstände zu Wohnhäusern und auf Schäden beim geplanten Materialtransport in einem Landschaftsschutzgebiet.



**Hau Eisen** - Die Bürgerinitiative (BI) Gegenwind Selbitz / Schauenstein hat zu einem Pressegespräch nach Hau Eisen und ins Döbrabachtal eingeladen. Den BI-Sprechern Hans Werner Schmidt (Hau Eisen), Davor Tepez (Hau Eisen), Claus Ordnung (Selbitz), Reinhard Roedel (Selbitz) und Hans Joachim Sellner (Naila) ging es um die Errichtung der Windkraftanlagen und um den Bau einer Zufahrtstraße, die quer durch ein Landschaftsschutzgebiet führen soll. Beides lehnt die BI kategorisch ab.

Wie berichtet, rollen seit Wochen Baufahrzeuge durch Uschertsgrün und Haidengrün. Nach den großflächigen Rodungs- und Planierarbeiten errichtet die beauftragte Firma derzeit die Fundamente für drei Windräder. "Die Rotorenblätter sind zu lang für den Transport durch Haidengrün, Marlesreuth oder Uschertsgrün", erklärt Hans-Werner Schmidt. Dazu sei eine stärker befestigte Straße quer durchs Döbrabachtal geplant. Davor Tepez geht davon aus, dass dafür eine fünf Meter breite Baustraße errichtet werden müsste, wobei für den Gegenverkehr eine mindestens doppelt so breite Ausweichstelle nötig sei.

Schmidt erinnert an die Schutzverordnungen. Das Selbitztal und alle Seitentäler wie das Döbrabachtal seien Landschaftsschutzgebiete, das Thronbachtal stehe unter Naturschutz. "Mittendrin hat man Windräder genehmigt und stellt jetzt fest, dass man den Transport auf dem normalen Straßenweg nicht gewährleisten kann", erläutert Schmidt. "Jetzt geht man mit einem Federstrich über die Landschaftsschutzverordnung hinweg und sagt, das ist uns egal", schüttelt der pensionierte Jurist den Kopf. "In einem Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder den besonderen Schutzzwecken zuwiderlaufen", zitiert Schmidt aus den Bestimmungen. "Eine fünf Meter oder breitere Trasse wäre ein Zuwiderlaufen des Schutzzweckes", argumentiert der Hau Eisener. Dazu komme, dass man im Bereich des Döbrabaches eine Brücke errichten müsse. "Es ist ein Verbrechen, durch dieses wunderschöne Gebiet eine Zufahrtsstraße zu bauen", betont Schmidt.

Laut Tepez ist gesetzlich vorgeschrieben, dass die Erschließung einer solchen Baumaßnahme gesichert sein muss. Dies habe der Investor ignoriert. Stattdessen sei mit dem Bau und damit einer großen Investition begonnen worden. Jetzt stelle sich der Bauherr auf den Standpunkt, dass man unter diesen Umständen nicht verbieten könne, weiterzumachen. "Das ist Nötigung", urteilt Tepez. "Die Investoren gingen mit Drückerkolonnen-Methoden auf die Grundeigentümer zu", fügt er hinzu. Für die Zufahrtsstraße seien die Einverständniserklärungen der Grundeigentümer erforderlich. In einem Fall habe eine ältere Frau die Entscheidung ihren Kindern überlassen wollen, die das Grundstück dazu nicht zur Verfügung stellen wollten. Die Firma hätten die Zeit ausgenutzt, als die Kinder verreist seien. Auf die alte Frau sei so lange eingeredet worden, bis diese bereit gewesen sei, mit zum Notar zu fahren und zu unterschreiben, berichtet Tepez.

Auch Schmidt fühlt sich von Geschäftsführer Kurt Muffel von der Firma FMM Windstrom Uschertsgrün hinter das Licht geführt. Muffel habe vor zwei Jahren eine Befragung aller Anwohner zu den geplanten Windrädern zugesichert. Dies sei nie geschehen. "Stattdessen wurden wir vor vollendete Tatsachen gestellt", empört sich Schmidt.

Tepez stellt die Rechtmäßigkeit des Genehmigungsverfahrens für die Windräder in Frage. Auch die Behörden ließen sich nach seiner Einschätzung über den Tisch ziehen. Die Bürgerbeteiligung im Rahmen eines Bebauungsplanes sei umgangen und die Planungshoheit der Gemeinde ausgeschaltet worden. "Hinter unserem Rücken wurde im Wege des Bundesimmissionsschutzgesetzes ein Antrag gestellt, dass die Windräder im privilegierten Bauverfahren genehmigt werden sollen, ohne dass zu diesem Zeitpunkt ein Bebauungsplan vorlag", fasst Tepez zusammen. Auf diese Weise habe das Landratsamt eine Genehmigung ohne vorliegenden Bebauungsplan erteilt. "Das Verfahren wurde mit Lug und Trug vorangetrieben", schimpft Tepez.

"Das Landratsamt war unter Zugzwang", meint Schmidt. Er verweist auf die hohe Summe von 140 000 Euro, die der Investor für die Genehmigung der Windräder dem Kreis Hof für Ausgleichsmaßnahmen bezahlt habe. Reinhard Roedel hält die Finanzierung von Windkraftanlagen, für die ständig Kleinanleger geworben werden, generell für "eine Art Schneeballsystem".

Schmidt und Tepez bezweifeln bei zwei Windrädern die Einhaltung der Mindestabstände von 700 Metern. Dabei dürfe man nicht den Standort des Mastes, sondern die davon ausgehenden Rotorenblätter heranziehen. Wie Hans Joachim Sellner anmerkt, hat ein Gericht in Hessen einen Baustopp für Windräder verfügt, weil dort die Grenzwerte für die Schallbelastung überschritten waren. Aufgrund der zu geringen Mindestabstände fordern nun auch die Haueisener einen Baustopp.

Zu den umstrittenen Betonschwertransporten durch Haidengrün fand in dieser Woche ein Gespräch im Landratsamt statt. Wie der Schauensteiner Bürgermeister Peter Geiser auf Anfrage bestätigte, wird die Stadt am Freitag, den 27. Dezember 2013 um 18 Uhr zu einer Informationsveranstaltung ins alte Schulhaus nach Haidengrün einladen.

*Es ist ein Verbrechen, durch dieses wunderschöne Gebiet eine Zufahrtsstraße zu bauen.*

Hans-Werner Schmidt, Haueisen

*Die Investoren gingen mit Drückerkolonnen-Methoden auf die Grundeigentümer zu.*

Davor Tepez, Haueisen

*Das Verfahren wurde mit Lug und Trug vorangetrieben.*

Davor Tepez, Haueisen

#### **Frankenwaldverein bittet den Petitionsausschuss und Ministerpräsident Seehofer um Unterstützung**

Als größter Wander- und Heimatverein der Region protestiert auch der Frankenwaldverein (FWV) gegen die Errichtung einer Straße durchs Landschaftsschutzgebiet Döbrabachtal. Die *Frankenpost* sprach dazu mit FWV-Hauptvorsitzendem Robert Strobel, der am Ortstermin im Döbrabachtal nicht teilnehmen konnte.

"Der Frankenwaldverein ist strikt gegen die Inanspruchnahme dieses Landschaftsschutzgebietes zur Anlage einer Zufahrtstraße", betont Strobel. "Ich bin der Meinung, dass dazu ein ordentliches Verfahren gehört", erläutert er. Der Hauptvorsitzende bezieht sich dabei auch auf die jüngste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Braunkohle-Tagebau Garzweiler. Das Bundesverfassungsgericht habe diesem Tagebau zwar zugestimmt, aber auch gesagt, dass man die Bürger in Zukunft bei allen derartigen Vorhaben von vorneherein beteiligen müsse. "Hier sind die Bürger bei der Erteilung der Genehmigung für diese Zufahrtstraße überhaupt nicht beteiligt worden", empört sich Strobel. "Ich halte das für einen eklatanten Verstoß", betont der FWV-Hauptvorsitzende. Strobel will dies für den Frankenwaldverein nicht hinnehmen.

"Das Mindeste, was wir machen werden, ist ein Schreiben an den Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags zu senden", kündigt Strobel an. Auch Ministerpräsident Horst Seehofer werde ein Schreiben erhalten, in dem darüber informiert werde, wie man hier verfare. Wie Strobel anmerkt, unternimmt der FWV diesen Schritt in Kenntnis der Reformpläne, wonach neue Windkraftträder nur noch bei einer Mindest-Entfernung von 2000 Metern genehmigt werden sollen. Zum Windkraftanlagen-Gebiet zwischen Uschertsgrün und Marlesreuth sagt Strobel: "Hier sind grobe Verfahrensfehler zu beklagen. Wenn man ein solches Bauvorhaben genehmigt, muss von vorneherein die Erschließung gesichert sein, was hier nicht der Fall war."

Quelle: [www.frankenpost.de](http://www.frankenpost.de)  
Autor: Von Werner Rost



Artikel:

<http://www.frankenpost.de/lokal/naila/naila/Buerger-fordern-Baustopp-fuer-Windraeder;art2443,3032932>

Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung